

Stellungnahme der Kämmerei zur Vorlage 06-F-01-0101 betr.

**Entwicklung der Beschäftigungszahlen in der Grünflächenpflege und im Forstbereich
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.10.2006 -**

Mit Beschluss Nr. 0035 vom 31.01.2007 wurde **Dez. VIII i.V.m. Dez. V und Dez. III** beauftragt, dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung einen Abschlussbericht bzgl. der Entwicklung der Beschäftigungszahlen in der Grünpflege und im Forstbereich seit dem Jahre 2000 vorzulegen.

In dem nun vorliegenden Bericht sind neben den gewünschten Bereichen alle Abteilungen des Amtes 67 dargestellt, obwohl in einigen Bereichen eine Betrachtung der Beschäftigungszahlen keinen Sinn macht. So sind die Abteilungen Weinberge, Krematorium und Stadtgärtnerei gar nicht mehr in städtischer Regie, die Legatgrabpflege soll übertragen werden. Dies alleine ist eine Größenordnung von 29,74 VZÄ.

Es ist zu erwähnen, dass der Personalbestand seit dem Jahr 2000 im Bereich Park- und Gartenanlagen ausgehend von einer Größenordnung von 97,09 VZÄ (Basis 2000) um 17,39 VZÄ und im Bereich Forsten ausgehend von der Größenordnung von 25,79 VZÄ (Basis 2000) um 12,5 VZÄ reduziert wurde.

Die Entwicklung im Bereich Park und Gartenanlagen ist an dieser Stelle näher zu betrachten.

Ein Grund für den Sprung von 91,75 VZÄ im Jahr 2002 auf 81,99 VZÄ im Jahr 2003 ist u.a. die Umsetzung von 3,5 VZÄ zu Amt 61, in deren Rahmen Amt 61 auch ein Teil der von den Mitarbeitern wahrgenommenen Aufgaben übertragen wurde.

Im Jahr 2005 wurde durch Beschluss Nr. 0274 vom 21.07.2005 der Stadtverordnetenversammlung der Personalbestand in der Grünflächenpflege für die Dauer des Optimierungsprozesses auf der Basis von 78,7 VZÄ eingefroren. Im Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 06-V-67-0043 „Operative Umsetzung der Empfehlung des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden; Quartalsbericht 3/2006“ heißt es, dass sich Ende 2006 eine Unterschreitung dieser Festlegung von 5 VZÄ ergibt, da das Personal u.a. aufgrund der Konsolidierungsvorgaben reduziert werden musste, und dass in 2007 der Personalbestand wieder auf 78,7 VZÄ aufzustocken sei, was einen Mehrbedarf bei den Personalkosten i.H.v. 200.000 € bedeuten würde.

Diese Darstellung des Personalbestandes widerspricht den Angaben in dem vorliegenden Bericht, wonach Ende 2006 die Beschäftigtenzahl 79,7 VZÄ beträgt, d.h. der „eingefrorene“ Personalbestand sogar um 1 VZÄ überschritten wird.

Wiesbaden, den
2002

02.03.2007
3192 he

gez. Dr. Müller

Dr. Müller
Bürgermeister